

Nürnberg, 8. Januar 2015

Allianz gegen Rechtsextremismus
Geschäftsstelle
Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Fon: +49 (0)911 / 231 50 30
Fax: +49-(0)911 / 231 30 40
menschenrechte@stadt.nuernberg.de
www.menschenrechte.nuernberg.de

PRESSEMITTEILUNG

Zum Attentat auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ in Paris

Die Allianz gegen Rechtsextremismus verurteilt auf Schärfste die terroristischen Morde an den Redakteuren der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ sowie an den Polizisten und Passanten am Tatort. „Offenkundig sind diese Anschläge das Ergebnis eines fundamentalistischen, wahnhaften Ideensystems von in Glaubenskriegen brutalisierten Fanatikern“, so Michael Helmbrecht, Vorsitzender der Allianz. Keine Weltreligion billige in ihren Grundsätzen solche Verbrechen, deshalb sei nicht „die“ Religion, sondern sehr viel mehr die Abwesenheit von religiösen oder menschenrechtlichen Überzeugungen das Problem. Man solle sich deshalb hüten, das verbrecherische Handeln von religiös und ethisch unaufgeklärten Glaubenskriegern zu instrumentalisieren, um pauschal gegen Muslime oder „den Islam“ Stimmung zu machen, so Helmbrecht.

Regionalbischof Dr. Stefan Ark Nitsche, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender der Allianz: „Dieses Attentat ist ein Ausdruck blanker Barbarei! Mit spitzer Feder die Verhältnisse auf den Punkt bringen können ist eine Gottesgabe. Humor, Ironie und Satire sind wunderbare und friedliche Mittel gegen jede Form von Fanatismus. Solche brutale Gewalt dagegen ist in meinen Augen Menschen- und Gotteslästerung!“

„Wir müssen uns in dieser Situation leider auch vergegenwärtigen, dass es radikalisierte, mörderische Überzeugungen und Handlungsbereitschaften in unterschiedlichen Milieus der Gesellschaft gibt“, sagt Stephan Doll, mittelfränkischer DGB-Chef und Vize-Vorsitzender der Allianz und verweist zum Einen auf die Morde des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), dem allein in Nürnberg drei Menschen zum Opfer fielen. Zudem erinnert er daran, dass der norwegische Massenmörder Anders Breivik vor zwei Jahren 77 Kinder und Jugendliche erschossen hat, um das angeblich christliche Abendland vor einer angeblich drohenden Islamisierung zu bewahren.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus ruft zu einem „besonnenen“ Handeln der Nürnberger Stadtgesellschaft und in der gesamten Metropolregion auf. „Das ‚besonnene Handeln‘ resultiert aus der Besinnung darauf, welche Werte uns in pluralen Gesellschaften verbinden: Wir brauchen sehr viel mehr noch den interreligiösen Dialog, die Verständigung von Atheisten und Religionsgemeinschaften über eine Welt, in der wir alle leben wollen und friedlich leben können“, so Helmbrecht.

Stumpfsinnigen Vereinfachungen a la Pegida müssen alle demokratischen Kräfte in der Metropolregion Nürnberg geschlossen und entschieden entgegentreten, so Doll.

„Die Nürnberger ‚Straße der Menschenrechte‘ ist ein symbolhafter Ort, an dem alle demokratischen Gruppen und Religionsgemeinschaften sich gemeinsam wiederfinden für ein klares „Nein“ gegen mörderischen Fanatismus“.